

Stadtbeizen sollen draussen öffnen

Jedem zweiten Gastbetrieb droht der Konkurs. Nun prüft Bundesbern auf Drängen der Branche eine Lockerung.

Niklaus Vontobel

So kann es nicht weitergehen. Auf diesen Satz liesse sich die Sichtweise des Schweizerischen Gewerbeverbands zusammenfassen. Er will nicht den 1. März abwarten, wenn die aktuelle Lockdown-Frist abläuft. Er fordert «flankierende» Massnahmen, und zwar «per sofort». Jenen Branchen soll geholfen werden, die im Lockdown sind: Gastronomie und Detailhändler, die nicht Güter des täglichen Bedarfs verkaufen.

Das städtische Gastgewerbe soll die Terrassen und Aussenbereich wieder öffnen dürfen. Gemäss Informationen von CH Media gab es dazu Gespräche zwischen Verbandsvertretern und der Bundesverwaltung. Die Terrassen-Öffnung wird geprüft, auch wie die Idee durchzuführen wäre.

Eine Ausweitung des Modells von Graubünden

Jedoch ist der Ausgang dieser Prozesse ungewiss. Die letzten Signale aus Bundesbern waren eher ablehnend. Wenn man der Wirtschaft mehr entgegenkommt, dann bei der finanziellen Hilfe. Die Hilfszahlungen werden nochmals aufgestockt, mehr Betriebe sollen mehr Hilfe erhalten – und dies möglichst schnell. Zugleich drängt die Wirtschaft jedoch auf Lockerungen des Lockdowns.

Die flankierenden Massnahmen sollen den Betrieben ermöglichen, wieder etwas Umsatz erwirtschaften zu können. Das Ansteckungsrisiko ist an der frischen Luft geringer, so offenbar die Überlegung. In den Innenräumen ist das anders. Laut Studien ist die Ansteckungsgefahr grösser in Innenräumen, in denen keine Masken getragen



Lockdown im Aussenbereich aufheben: So soll Stadtbeizen geholfen werden.

Bild: Urs Flüeler/Keystone (Luzern, 22. Dezember 2020)

werden können. Es wäre quasi die Ausweitung des Bündner Modells.

Im Wintersport-Kanton dürfen die Gäste auf Restaurant-Terrassen ihre Snacks und Getränke konsumieren, sofern einige Bedingungen erfüllt sind: Das Restaurant muss von der Piste aus direkt erreichbar sein; die Gäste holen sich ihre Einkäufe selbst, sie werden nicht bedient; die Schutzkonzepte müssen eingehalten werden.

Ist dies erfüllt, erlaubt es der Kanton Graubünden, auch wenn es dem Bundesamt für Gesund-

heit missfällt, wie die «Südostschweiz» schreibt. Das Vorgehen sei «nicht konform mit der Verordnung». Inzwischen haben andere Kantone nachgezogen. In Schwyz dürfen Gäste in den Skigebieten auf Terrassen verbrauchen, was sie im Takeaway kaufen. In den Kantonen Nidwalden und Obwalden ist es ähnlich. Die Lockerungen seien gerechtfertigt, weil die Fallzahlen sinken würden.

Ab März soll die Wirtschaft dann wieder komplett öffnen können, wenn es nach dem Gewerbeverband geht. Die bishe-

rige Strategie sei gescheitert, bis Ende der Pandemie einen Lockdown durchsetzen zu wollen.

Aufforderung zum zivilen Ungehorsam

Auch im Detail- oder Autohandel soll gelockert werden. Zusammen mit dem Sportfachhandel fordert der Gewerbeverband die Möglichkeit zum «Privat Shopping». Kauflustige dürfen Zeiten buchen, in denen sie den Laden und die Verkäufer für sich allein haben. Auf 100 Quadratmetern kämen höchstens zwei Shopper, die aus dem gleichen

Haushalt sein müssten. Die wirtschaftliche Not ist in der Gastronomie gross.

Die KOF Konjunkturforschungsstellen der ETH Zürich beschreibt die Lage in drastischen Worten: sehr schlecht. Eine baldige Besserung wird nicht erwartet; die Aussichten sind finster; jeder zweite Betrieb fürchtet um seine Existenz. Nun kommt Hilfe der zweifelhaften Art: SVP-Nationalrat Roger Köppl fordert zum zivilen Ungehorsam auf. Egal, was der Bundesrat sage, die Restaurants sollten ab dem 1. März öffnen.

Psychiater: Die Versorgung ist sichergestellt

Coronasituation Die Coronakrise drückt aufs Gemüt und hat für viele Menschen die psychische Belastung zusätzlich erhöht. Gerade deswegen gibt die Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (SGPP) Entwarnung: Die psychiatrische Versorgung hierzulande sei auch in der Coronakrise jederzeit sichergestellt, heisst es in einer Mitteilung.

Die Psychiaterinnen und Psychiater sehen sich zu dieser Meldung veranlasst, weil verbreitet die Annahme herrsche, dass sie die Nachfrage nach Behandlungen nicht bewältigen könnten. «Damit werden Ängste geschürt, in schwierigen Situationen keine psychiatrische oder psychologische Hilfe zu erhalten», so SGPP-Präsidentin Fulvia Rota.

Erfahrungen im Lockdown hätten gezeigt, dass sich mögliche oder ehemalige Patienten nicht meldeten, weil sie denken, die Psychiater seien überlastet. Dabei müsse niemand abgewiesen werden, versichert die SGPP. Viele Psychiaterinnen und Psychiater oder psychologische Therapeuten hätten ihr Pensum erhöht und mehr Patienten als üblich aufgenommen, heisst es.

Trotz der erhöhten Nachfrage nach Behandlungen sollten nach Ansicht der SGPP «dramatisierende Darstellungen» über die psychische Situation in der Bevölkerung vermieden werden. Solche Berichte könnten eine «suggestive Wirkung» haben, heisst es weiter, und dazu führen, dass Personen tatsächlich Angststörungen und andere Symptome entwickeln. (dpo)

AHV-Fonds kommt überraschend gut durch die Krise

Sozialwerke Mit einer Nettorendite von 5,22 Prozent hat der AHV/IV/EO-Ausgleichsfonds Compenswiss das Jahr 2020 mit einem erfreulichen Resultat abgeschlossen. Das Vermögen des Ausgleichsfonds belaufe sich insgesamt auf 38,54 Milliarden Franken, meldete die öffentliche Anstalt Compenswiss am Donnerstag. «Im Vergleich zum Vorjahr 2019 sind das 2,1 Milliarden mehr», so Manuel Leuthold, Compenswiss-Präsident. Die Nettorendite von 5,22 Prozent wertet Compenswiss als «erfreuliche Performance».

Zum ersten Mal flossen 2020 auch rund zwei Milliarden Franken zusätzliche Mittel in den AHV-Fonds, dies als direkte Folge der Annahme des AHV-Steuerdeals durch das Stimmvolk 2019. Diese Ressourcen verschafften dem Fonds aber nur eine Atempause von drei bis fünf Jahren, so Leuthold. «Dann sind wir wieder den ungünstigen demografischen Trends ausgesetzt.» Ohne weitere politische Massnahmen werde sich die Kluft zwischen Ausgaben und Einnahmen als Folge der Alterung der Bevölkerung weiter vergrössern. (wap/dpo)

Die Armeepothek geht in die Offensive

Nach Kritik wegen umstrittener Masken-Einkäufe verteidigt sich die Armeepothek – und teilt ihrerseits aus.

Sie ist eine dieser Institutionen, die vor einem Jahr noch niemand kannte. Dann hat die Pandemie das auf einen Schlag verändert. Zuletzt stand die Armeepothek oft in den Schlagzeilen – und sie tat das nicht auf eine Art, die den Verantwortlichen gefallen konnte. Von überhastet und zu teuer eingekauften Masken war die Rede. Von fehlenden Zertifikaten, qualitativ schlechter Ware, die teilweise gar weggeworfen werden musste. Von übervollen Lagern. Von Unternehmern, die sich auf Kosten des Steuerzahlers eine goldene Nase verdienten.

Gestern traten die Armeepothek-Verantwortlichen nun die Flucht nach vorne an. Sie taten das im Rahmen einer Medienkonferenz. Mit dabei: Divisionär Thomas Kaiser, der Chef der Logistikbasis der Armee, welche seit Mitte Mai für die Armeepothek verantwortlich ist. Und auch Daniel Aeschbach, ebenfalls seit Mitte Mai Leiter

ebendieser – zuerst interimistisch, nun dauerhaft. Die beiden hatten vor allem eine Botschaft im Gepäck: So schlecht, wie es zuletzt dargestellt wurde, haben wir das alles nicht erledigt.

Vom neuen Auftrag völlig überrumpelt

So verwies etwa Divisionär Kaiser auf das «atemberaubende Tempo», mit dem man die Armeepothek ab Mitte Jahr umgebaut und für die Zukunft gerüstet habe, etwa im Personal- oder IT-Bereich. Daniel Aeschbach griff zu einem blumigen Vergleich: Man habe eine Operation am offenen Herzen durchgeführt, und das bei einem Patienten mit multiplem Organversagen, der «gerade noch einen Marathon läuft».

Zur Illustration griff er zu verschiedenen Zahlen. Zum Beispiel den 60 gecharterten Swiss-Flugzeugen, die zwischen März und Juni Schutzmaterial ins Land brachten. Zudem be-

tonten die Armeepothek-Bosse, wie die Behörde vom riesigen Beschaffungsauftrag im März überrumpelt wurde. Verwiesen auf die 2,5 Stellen im Einkauf, die es sonst, in normalen Zeiten,

«Wir haben eine Operation am offenen Herzen durchgeführt.»



Daniel Aeschbach
Chef Armeepothek

gab. Und auf das Beschaffungsvolumen, das von sonst 16 Millionen Franken plötzlich auf das 150-Fache stieg.

In einem emotionalen Moment betonte Divisionär Kaiser, dass laut Pandemieplan die Beschaffungen im Krisenfall eigentlich keine Leistung sei, welche die Armeepothek «über Nacht» zu erfüllen habe. Trotzdem habe der Bundesrat ihr den Auftrag gegeben, «mangels Alternativen, weil der Bund, die Kantone und die Bürger bei der Bevorratung versagt haben». Und man habe bewiesen, dass das Vertrauen gerechtfertigt gewesen sei, schloss er.

Hier gehen die Meinungen indes auseinander. In die gehörige Portion Eigenlob streuten die Armeepothek-Bosse zwar auch eine Prise Selbstkritik ein. Man habe den Auftrag «vollständig erfüllt», aber in verschiedenen Bereichen auch Fehler gemacht, sagte Aeschbach. Diese sollen aufgearbeitet werden. 94 Pro-

zent der 302 Millionen beschafften Masken sind aber laut Armeepothek einwandfrei zertifiziert. Diese will künftig zudem transparenter werden und hat gestern Dokumente zu den Beschaffungen publiziert.

Das sei alles schön und gut, sagt Franziska Roth – aber nicht gut genug. Die SP-Nationalrätin sitzt in der Sicherheitskommission und pocht schon länger darauf, dass «Licht in die Beschaffungs-Blackbox Armeepothek» kommen müsse. Die Solothurnerin begrüsst es zwar, dass nun «zumindest im Ansatz» Fehler eingeräumt werden. Gleichzeitig will sie sich weiter dafür starkmachen, dass etwa die Masken-Geschäfte nicht nur intern, sondern auch vom Parlament und der Eidgenössischen Finanzkontrolle aufgearbeitet werden. «Für mich bleibt es vorderhand bei der Note ungenügend», sagt Roth.

Dominic Wirth